

# Kritik an „unverbindlichen Vorgaben“

**STROMLEITUNGEN** SPD-Abgeordnete lehnen Gesetzentwurf des Bundes ab

**GANDERKESEE/LANDKREIS/LD**

– Der Gesetzentwurf des Bundes zum Bau von Höchstspannungsleitungen greift nach Meinung der SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter (Friesoythe) und Axel Brammer (Hatten) entschieden zu kurz. „Der jetzige Entwurf bleibt sogar noch hinter den Regelungen des von uns kritisierten Niedersächsischen Erdkabelgesetzes zurück“ beklagt Renate Geuter. So solle Erdverkabelung nicht einmal mehr in Landschaftsschutzgebieten vorgeschrieben sein.

Der Entwurf sehe vor, dass Erdverkabelung auf technisch und wirtschaftlich effizienten Teilabschnitten möglich ist, wenn bestimmte Mindestabstände zur Wohnbebauung unterschritten werden. „Diese unverbindlichen Vorgaben führen dazu, dass die Netzbetreiber überwiegend selbst entscheiden können, ob und in welchem Umfang sie eine Erdverkabelung vorsehen wollen, die Anliegen der betroffenen Anlieger und der Kommunen bleiben unberücksichtigt“, kritisierte Re-

nate Geuter.

Bereits der jetzige Vorschlag der EON-Netz AG mit zwölf Überleitungen zwischen Freileitungen und Erdverkabelung auf der knapp 60 Kilometer langen Strecke zwischen Ganderkesee und St. Hülfe verdeutliche, dass die von den Netzbetreibern vorgeschlagenen Abschnittsbildungen nicht nachvollziehbar und zum Teil ohne Rücksicht auf örtliche Belange vorgenommen worden seien.

Die beiden Landtagsabgeordneten fordern weiterhin,

grundsätzlich auch die Vollverkabelung zuzulassen. „Wir nehmen die Sorgen der Menschen vor Ort ernst, daher muss bei der Bewertung der Alternativen weiterhin die volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung im Vordergrund stehen und nicht rein betriebswirtschaftliche Überlegungen der Netzbetreiber“, so Brammer. Die Landesregierung stehe in der Verantwortung, sich im Bundesrat für die Berücksichtigung niedersächsischer Interessen deutlich zu positionieren.